

KOMMENTIERT

Verflaxter CDU-Feminismus

Elsa Koester ärgert sich über die Forderung nach rassistischer Frauenquote

Flüchtlinge öffnen CDU-Politikern die Augen. Plötzlich sehen sie: das Geschlecht. Patriarchale Gewalt. Und Quoten. Vergewaltigung wurde nach Köln plötzlich zu einem ernstzunehmenden Problem. Jetzt sorgt sich der Bundestagsabgeordnete Kai Wegner um die Ausgewogenheit der Geschlechter in der Gesellschaft – wegen des »friedlichen Zusammenlebens«. Eine Frauenquote müsse her, fordert er. Für Flüchtlinge, versteht sich.

Es ist verflaxt. Das Recht auf Asyl kennt kein Geschlecht, wäre die einfache Antwort. Wie in der Debatte nach den Silvester-Übergriffen gilt aber: Es ist komplizierter. Nur weil die CDU das Problem von Sexismus nur bei Flüchtlingen entdeckt, heißt es nicht, dass es kein Problem ist, nur weil es Flüchtlinge sind. Ja, es kommen mehr männliche Flüchtlinge nach Deutschland als weibliche (64,4 zu 35,6 Prozent laut Bundesamt). Und ja, das bringt Probleme. Viele junge Männer unter sich bestärken das patriarchale Revierkampfgehebe und auch die Gewalt nimmt zu.

Das gilt aber überall. In der Armee, in Fußballstadien, in Chefetagen. Wegner könnte sich in seiner eigenen Fraktion umschauen: 74,4 Prozent Männer zu 25,6 Prozent Frauen. Nur haben Flüchtlinge für ihre miese Quote bessere Gründe. Was soll die Frauenquote bewirken – dass statt junger Männer mehr Familien mit Kindern im Mittelmeer ertrinken?

PERSONALIE

Problemlöser

Von Thomas Berger

Die Zeiten sind nicht wie früher, als in Indien die Worte Tata und Wirtschaft beinahe synonym gebraucht wurden. Doch nach wie vor ist der älteste Industriekonzern Tata Sons einer der Giganten und um die 100 Milliarden US-Dollar schwer. Neuer Kapitän auf der Brücke des altherwürdigen Schlachtschiffes ist Natarajan Chandrasekaran. Am Dienstag wurde er als neuer Vorstandschef des Konzerns präsentiert. Damit findet ein mehrmonatiges Intermezzo mit Ratan Tata sein Ende. Der Firmenpatriarch hatte im Oktober den Chefposten übernommen, nachdem der Vorstand dem bisherigen Chef Cyrus Mistry den Stuhl vor die Tür gesetzt hatte.

An Chandra, wie der Neue genannt wird, knüpft sich die Hoffnung, dass Tata nach Turbulenzen und einem jenseits der zurückhaltenden Firmenphilosophie öffentlich ausgetragenen Streits zwischen Managern in ruhige Fahrwasser zurückkehrt. Seine Vorstellung zeigt auch, dass es gelungen ist, eine interne Lösung zu finden. Chandra leitete zuvor Tata Consultancy Service (TCS), die größte Einzelfirma des rund 100 Unternehmen mit 660 000 Mitarbeitern umfassenden Konglomerats.

Der 53-jährige Chandra kennt sich im Konzern, der von Tee über Autos und Telekommunikation beinahe in jeder Branche mitmisch, bestens aus. Vor dem Chefposten bei TCS war er in hohen Po-



Natarajan Chandrasekaran ist neuer Tata-Chef

Foto: dpa/Rafiq Maqbool

sitionen bei Tata Motors, Tata Steel und Tata Power tätig, weiß also um Potenziale ebenso wie um Probleme. Davon gibt es viele. Nicht jeder Zukauf war eine gute Investition, so manche »Abrundung« des Portfolios hätte man sich sparen sollen. Der Konflikt darüber, wie mit dem Abstoßen defizitärer Töchter oder dem Ausstieg aus Partnerschaften umzugehen ist, hatte zur Eskalation zwischen Mistry und Ratan Tata beigetragen.

Mit Chandra tritt ein Mann an die Spitze, der seit 1987 im Konzern ist und TCS zur stärksten Marke im IT-Service-Markt machte. Als Marathonläufer weiß er, dass es auf Durchhaltevermögen ankommt. Das ist wichtig, da sich Fehlentwicklungen, darunter riskante Immobiliengeschäfte der Tochter Indian Hotels, nicht so schnell korrigieren lassen.

Der Sinn von Reichstagsinschriften

Über Patrioten-Doping unweit von Moskau denkt René Heilig nach

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu ist gegen eine »unendliche Militarisierung« seines Landes. Auch dass Russlands Armee stark genug ist, um die Heimat zu verteidigen, kann man glauben. Daher, so sagte Putins oberster General vor dem russischen Parlament, müsse Wehrerziehung kein Pflichtfach sein. Klingt alles irgendwie sympathisch. Bis zu dem Punkt, an dem er sich für eine solide patriotische Erziehung aussprach und verkündete, dass man dazu landesweit entsprechende Sportlager aufbauen wird. Bei Kubinka nahe Moskau will er beispielsweise den Berliner Reichstag nachbauen lassen. Auf dass militärbegeisterte Jugendtruppen immer wieder gegen ihn anrennen können. Wie ihre Großväter vor über 70 Jahren – jedenfalls fast so.

Es ist richtig und wichtig, der Rotarmisten vieler Nationalitäten zu gedenken. Sie befreiten auch uns Deutsche von der Nazityrannei. Ebenso richtig und wichtig wäre es, wenn jene, die für aktuelle deutsche Außen- und Sicherheitspolitik Verantwortung tragen, öfter mal vor den kyrillischen Inschriften, die im Reichstag erhalten blieben, verharren. Oder vor einem der zahlreichen Gräber zwischen Oder und Spree. Das könnte dazu führen, dass manche Kalte-Krieg-Rhetorik unterbleibt und Politik sich endlich wieder ernsthaft bemüht, jungen Menschen aus beiden Ländern Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Nicht als Soldaten und ohne Uraaaa-Gebrüll.



Zeichnung: Rainer Hachfeld

KOLUMNE

Bürgerrechte gelten auch am Stadiontor

Monika Lazar über eine Gewaltdebatte im Fußball, die sich in üblichen Reflexen verfängt statt gezielt Probleme anzugehen

Es wurde schon viel diskutiert über die Ausschreitungen beim Bundesligaspiel Dortmund gegen RB Leipzig Anfang Februar. Große Teile der Debatte verliefen bisher nach den üblichen Reflexen: Man zeigt sich schockiert über ein neues Ausmaß an Gewalt im Fußball und fordert mehr Repression gegen die »sogenannten Fans«.

Vorweg: In den 80er und 90er Jahren gab es deutlich mehr Gewalt rund um den Fußball als heute. Der Hass und die Gewalt, die RB-Fans entgegenschlagen, besorgen mich aktuell dennoch. Dass zwischen generischen Fanszenen ein rauer Umgangston herrscht, ist nichts Neues. Wenn aber zum »Bullen schlachten« aufgerufen wird und diverse Parastatistiken bemüht werden, die durchaus auf der Klaviatur eines strukturellen Antisemitismus spielen, muss man sich nicht wundern, wenn die Auseinandersetzung mit dem personifizierten Feindbild »Red Bull« auch gewalttätig wird. Das ist insofern bedauerlich, da es am Konzept »RB Leipzig« durchaus vieles zu kritisieren gibt.

Trotz der unsäglichen Vorfälle in Dortmund bin ich der Meinung, dass die meisten Reaktionen darauf über das Ziel hinausschießen. Selbstverständlich müssen die Gewalttäter ermittelt und der Justiz zugeführt werden. Hierbei wurden auch schon erste Erfolge erzielt. Umso fragwürdiger ist es dann aber, für das Fehlverhalten einiger die gesamte Südttribüne, also rund 25 000 Fans, zu bestrafen. Solche Kollektivstrafen sind zum einen ungerecht, weil sie mehrheitlich Unschuldige treffen und zum anderen eventuell sogar kontraproduktiv. Fans, die unter der Kollektivstrafe zu leiden haben, solidarisieren sich unter Umständen mit den Gewalttätern. Eine kritische Auseinandersetzung

mit den Vorfällen innerhalb der Fanszene – die ich dieser durchaus zutraue – wird so erschwert.

Für noch problematischer halte ich es, dass neben diesen vom DFB ausgesprochenen kollektiven Bestrafungen auch der Staat Fußballfans bisweilen quasi unter Generalverdacht stellt. Dass in zwölf von 16 Bundesländern die Szenekundigen Beamten der Polizei Datenbanken über Fußballfans führen, die teilwei-

ben hat, soll diese noch weiter verschärft werden. Statt die Datei weiter aufzublähen, sollte man lieber die Löschrift, die aktuell bei zu langen fünf Jahren liegt, reduzieren und eine Informationspflicht einführen. Denn nur wer weiß, dass er in einer Datenbank gespeichert ist, kann auch dagegen vorgehen, falls er ungerechtfertigter Weise dort gelandet ist. Außerdem hätte eine Benachrichtigung auffällig gewordener Fans auch eine pädagogische Wirkung: Wer zeitnah eine Reaktion auf ein etwaiges Fehlverhalten aufgezeigt bekommt, kann sein Verhalten in Zukunft ändern.

Generell kann eine Datensammlung von gewalttätigen Fans sinnvoll sein. Nur sollte man eben die Daten von wirklichen Gewalttätern speichern und nicht einen riesigen Datenberg mit den Personalien unschuldiger Fußballfans anhäufen. Die Polizeibehörden brauchen verlässliche Informationen über die zu erwartende Fanklientel, um ihre Einsätze intelligent zu planen.

Was wäre also zu tun gegen Gewalt im Fußballkontext? Einerseits ist ein gezieltes Vorgehen gegen Gewalttäter erforderlich. Das Ganze muss aber rechtsstaatlich sauber sein, denn für mich ist klar: Fußballfans geben ihre Bürgerrechte nicht am Stadiontor ab. Andererseits müssen die vielen guten präventiven Ansätze gegen Gewalt und alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit weiter ausgebaut werden. Die mittlerweile 57 Fanprojekte bundesweit leisten hier wertvolle sozialpädagogische Arbeit. Auch aus den Fanszenen selbst kommen viele positive Initiativen – etwa gegen Rechts-Extremismus – oftmals von den Ultras, die in überhitzten Sicherheitsdebatten von Politik und Medien gern als Gewalttäter vorverurteilt werden.



Monika Lazar ist Bundestagsabgeordnete und Obfrau der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sportausschuss.

Foto: Stefan Kaminski

se lange Zeit geheim gehalten wurden, ist kaum zu vermitteln und verschlechtert das ohnehin schon schwierige Verhältnis von aktiver Fanszene und Polizei.

Zu den lokalen Datensammlungen kommt außerdem die bundesweite Datei »Gewalttäter Sport«. Schon allein deren Name ist irreführend, denn bereits eine Personalienfeststellung kann reichen, um dort gespeichert zu werden. Bei einer Verfahrenseinstellung wird man nicht automatisch aus dieser Datei gelöscht. Es befinden sich darin also nachweislich unschuldige Personen, und das ist skandalös. Wie eine Kleine Anfrage von mir zur Datei »Gewalttäter Sport« erst kürzlich erge-

Die Furcht vor Marine Le Pen

Guido Speckmann über Allianzen der französischen politischen Mitte

Worum die Linken noch ringen – vermutlich erfolglos –, das haben Parteien der politischen Mitte nun geschafft: Sie stellen Eitelkeiten zurück und schiedem aus Furcht vor einer rechtsextremen französischen Präsidentin eine Allianz. So verzichtet François Bayrou von der Mitte-Partei »Demokratische Bewegung« auf seine vierte Präsidentschaftskandidatur. Stattdessen will er angesichts eines möglichen Erfolgs von Le Pen von der Front National bei den Präsidentschaftswahlen den Shootingstar des französischen Politikbetriebs unterstützen, den ehemaligen Wirtschaftsminister Emmanuel Macron und seine Bewegung »En Marche«.

Freilich stellt Bayrou Bedingungen: Er fordert ein »moralisches Regelwerk« und die »Anerkennung des Wertes der Arbeit und ihre gerechte Entlohnung«. Macron, von Bayrou einst als »Kandidat des Geldes« geißelt, nahm diese Bedingungen an. Er twitterte, die Forderungen fußen auf Werten und Ideen seiner Bewegung. Doch mit den lohnpolitischen Vorstellungen wird er hadern. Sie passen schlecht in sein wirtschaftsliberales Weltbild. Doch sein Programm hat der in den jüngsten Umfragen zurückgefallene Ex-Investmentbanker immer noch nicht vorgestellt. Denkbar also, dass der angesehene Alt-Politiker aus der Provinz dem Jungstar noch etwas Soziales in sein Programm diktiert. Es wäre nicht das Schlechteste.

IHRE MEINUNG

Wie schön für den, der oben auf der Wippe steht

Zu »Die Wippe kommt«, 15.2., S. 14 »Aber mit Achtung und Respekt vor dem Selbstwertgefühl der bisher von uns getrennten Landsleute wird es möglich sein, dass ohne entstellende Narben zusammenwächst, was zusammengehört.«

Eine ehrenhafte, jedoch bis heute uneingelöste Verheißung Willy Brandts. Nun soll's ein Denkmal richten und schlichten – die Wippe. Durch ständige Bewegung zu Einheit und Demokratie, so heißt es. Gut gemeint! Doch verkehrt das schrille Gebilde für jedermann sichtbar das beabsichtigte Denkmal der Einheit eher in sein krasstes Gegenteil. Auf und ab, hoch und runter, drunter und drüber.

Wie schön für den, der stolz auf dem oberen Ende der Schaukel steht und auf die da unten blickt. West-Ost nach der Wende. Demokratie und gleiche Rechte für alle lassen sich mit solcher Symbolik, wie Thomas Oppermann von der SPD erhofft, wohl kaum erreichen. Günter Köhler, Berlin

Letztlich ging es wohl wieder nur um die Macht

Der Südsudan wurde 2011, vor allem auf Betreiben der USA, ein eigenständiger Staat, nachdem man jahrelang die Rebellen mit Waffen und Logistik versorgt hatte. So wie es heute aussieht, ging es wahrscheinlich gar nicht um die Befreiung der Menschen, die den afrikanischen Religionen und dem Christentum anhängen, sondern es ging um die Bodenschätze des Landes. Diese beuten vor allem westliche Konzerne aus, und die Abgaben, die an den Südsudan geleistet werden, verschwinden in den Taschen der derzeitigen Machthaber.

Die gehören einmal zu den Nuer und einmal zu den Dinka und zwi-

schen ihnen ist nun ein Kampf um die Pfründen ausgebrochen. Tausende Menschen, vor allem auch Kinder, haben das mit ihren Leben bezahlt oder sind dem Hungertod nahe.

Die gesamte Welt sieht dem Elend zu, es sprechen nur die Waffen, genau wie anderswo. Der Waffenhandel blüht und die Exporteure verdienen sich dumm und dämlich. Hartmut Rienacker, per E-Mail

Die Frauen und die Frauer

Zu »Bitte keine Frauschaft«, 21.2., S. 16

Für diesen Artikel möchte ich mich bedanken. Die überflüssigen Feminismen machen das Zeitungslesen zu einem schwerfälligen Vorgang, weil ich ständig die tatsächliche Aussage suchen muss. Da überspringe ich dann viel Text. Um den Blödsinn dieser Scheingleichberechtigung darzustellen, gebrauche ich oft die Floskel: die Männinnen und die Männer sowie die Frauen und die Frauer.

Ursula Heilmann, Rostock

Abschiebung nach Afghanistan ist unverantwortlich

Zu »Kabinett verschärft Abschieberregeln«, 23.2., S. 1

Ich finde es unverantwortlich, Flüchtlinge zum jetzigen Zeitpunkt nach Afghanistan abzuschieben. Die Befürworter sollten doch dieses Land selbst mal ohne Personenschutz bereisen. Da würden sie sehen, wie sicher das Leben dort ist. Herr Altmeier könnte ja auch mal in die vielen Schulen gehen und sich mit Frauen unterhalten, die einer Arbeit nachgehen. Vielleicht würden die Politiker dann die Situation anders einschätzen. Harald Grünbeck, Magdeburg

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen vor.

neues deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. (030) 2978-1111, Fax -1600

Internet www.neues-deutschland.de E-Mail redaktion@nd-online.de

Geschäftsführer und Verlagsleiter Olaf Koppe -1611, Fax -1610

Vertrieb/Aboservice -1800, Fax -1630, aboservice@nd-online.de

Anzeigen Geschäftskunden Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -1841, Sabine Weigelt -1842, Fax -1840, anzeigen@nd-online.de. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2017.

Private Kleinanzeigen -1844, Fax -1840, privatanzeigen@nd-online.de

Redaktionsleitung Tom Strohschneider (Chefredakteur, V.i.S.d.P. -1711, Fax -1610), Wolfgang Hübner (Online -1713), Gabriele Oertel und Regina Stötzel (Wochen nd -1716, -1712), Ulwe Sattler (Redaktionsmanagement -1714), Eva Roth (Politik, Wirtschaft -1666)

Redaktionskorrektur Katja Herzberg (ndAktuell -1733), Jürgen Amendt, Martin Hatzius (Feuilleton -1757, -1765), Martin Kröger (Berlin/Brandenburg -1746), Jirka Grahll (Sport -1727), Susanne Dreistadt (Bild/Herstellung -1826)

Gestaltung/Layout Holger Hinterseher, Michael Pickardt, Wanja Wegener

Ratgeber Jürgen Holz -1772, Peter Kollwe -1773, ratgeber@nd-online.de

Leserbriefe -1724, leserbriefe@nd-online.de

Marketing Rainer Genge -1612, Fax -1610, marketing@nd-online.de

Leserreisen Frank Diekert -1620, Fax -1650, leserreisen@nd-online.de

nd-Shop, Literatur-, Film-, Musik-Service Öffnungszeiten: Montag - Freitag 9 - 17 Uhr, Manfred Ibold -1777, Monika Gadegast -1654, Fax -1650, shop@nd-online.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, www.presse-monitor.de

Bankkonto Berliner Bank, Konto-Nr. 525 950 205, BLZ 100 708 48, IBAN DE81 1007 0848 0525 9502 05, SWIFT (BIC) DEUTDE33HAN

Monatlicher Abonnementspreis (zzgl. einer Zustellkostenpauschale von 0,15 € pro Tag und inkl. MwSt.): 38,50 €; ermäßigtes Abo 21,00 €; Soli-Abo 50,00 €; Online-Abo 22,00 €; weitere Abomöglichkeiten, auch Teil-Abonnements, auf Anfrage. Das Abonnement kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Benutzte Agenturen dpa, AFP, SID, epd, IPS

Druck EVERFRANK Berlin GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin

Die Auflage von neues deutschland wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) geprüft.

